



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Direction des institutions, de l'agriculture  
et des forêts DIAF  
Direktion der Institutionen und der Land-  
und Forstwirtschaft ILFD

Liebfrauentgasse 2, Postfach, 1701 Freiburg

T +41 26 305 22 05, F +41 26 305 22 11

[www.fr.ch/ilfd](http://www.fr.ch/ilfd)

*Freiburg, 5. Oktober 2018*

## **Fahrplan der ILFD**

*Vier Monate nach seinem Amtsantritt legt Staatsrat Didier Castella die wesentlichen Herausforderungen fest, welche die ILFD namentlich im Rahmen des Regierungsprogramms 2017–2021 in den kommenden Jahren erwarten.*

### **1. Hauptprojekt**

#### **Grossfreiburg** (Hauptprojekt 2 des Regierungsprogramms)

Staatsrat Didier Castella hat nach seinem Amtsantritt mit dem Präsidenten der konstituierenden Versammlung Grossfreiburgs und Oberamtmann des Saanebezirks, Carl-Alex Ridoré, Kontakt aufgenommen. Ihm ging es darum, die erwartete Unterstützung bei der Umsetzung dieses wichtigen Dossiers, einem der Hauptprojekte des Staatsrats für diese Legislaturperiode, zu evaluieren. Die konstituierende Versammlung, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden besteht, arbeitet derzeit an einem Entwurf der Fusionsvereinbarung. Die staatlichen Ämter, insbesondere jene der ILFD, unterstützen diese Arbeiten unter der Leitung des Oberamtmannes des Saanebezirks. Es ist wichtig, dass diese Versammlung ihre Überlegungen ordnungsgemäss zu Ende führen kann. Der Direktor der Institutionen bestätigte dem Oberamtmann des Saanebezirks, dass er bereit ist, sich politisch, vor dem Volk oder dem Grossen Rat, zu engagieren, sobald es die konstituierende Versammlung für nötig hält.

### **2. Die Beschäftigung fördern**

#### **Leader im Nahrungsmittelsektor werden** (Baustelle 1.4 des Regierungsprogramms)

Die Entwicklung des Campus Grangeneuve wird dazu beitragen, seine Stellung als Kompetenzzentrum für die Ausbildung, Beratung und Forschung zu stärken, dank der Zusammenarbeit mit Agroscope, aber auch mit freiburgischen Verarbeitungsbetrieben. Freiburg kann für sich in Anspruch nehmen, sämtliche Akteure der Lebensmittelbranche zu beherbergen, von der Primärproduktion über die Ernährung bis hin zur Forschung. Er verfügt über einzigartiges Know-how und Standorte mit hohem Entwicklungspotenzial wie Grangeneuve, Sorens, St-Aubin, Bellechasse oder der BlueFactory.

#### **Grangeneuve und landwirtschaftliche Infrastruktur** (Baustelle 1.4 des Regierungsprogramms)

Der Campus Grangeneuve profitiert von umfangreichen Investitionen, um seine Stellung in der landwirtschaftlichen Bildung und Forschung zu stärken. In enger Zusammenarbeit mit der RUBD wurde der Bau des Milchviehstalls und des Gebäudes für Agroscope als prioritär eingestuft, ebenso wie die Renovation des Schulbauernhofs Sorens. Moderne und innovative Infrastrukturen sollen eine Ausbildung auf höchstem Niveau sicherstellen. Ein Gesamtkonzept des Standorts, das derzeit ausgearbeitet wird, soll den Entwicklungsprozess ankurbeln, indem die potenzielle zukünftige Entwicklung von Agroscope integriert wird.

Im Bereich der Ausbildung eröffnet Grangeneuve ab 2019 einen FH-Studiengang im Bereich Gartenbau. Im Übrigen hat das LIG eine zweite zweisprachige Klasse für die landwirtschaftliche Lehre mit EFZ eröffnet.

### **Landwirtschaft** (Baustelle 1.4 des Regierungsprogramms)

Der vierjährige Landwirtschaftsbericht wird derzeit ausgearbeitet. Die Agrarpolitik 22+ des Bundes, die Optionen für die Anpassung der aktuellen Politik bereitstellt und neue Meilensteine für den Zeitraum von 2022 bis 2025 festlegt, geht demnächst in die Vernehmlassung. Die ILFD wird ihre Auswirkungen auf die freiburgische Landwirtschaft prüfen müssen. Staatsrat Didier Castella wird die Bedürfnisse der Freiburger Landwirtschaft verteidigen und die Folgen der künftigen Landwirtschaft antizipieren, um die freiburgische Landwirtschaft bei der Anpassung an allfällige Reformen zu unterstützen.

### **Förderung von landwirtschaftlichen Produkten aus der Region** (Baustelle 1.4 des Regierungsprogramms)

In Zusammenarbeit mit Terroir Fribourg erarbeitet die ILFD ein Konzept, nach dem in einem ersten Schritt die Gemeinschaftsgastronomie und anschliessend die Gastronomie im Allgemeinen mit landwirtschaftlichen Produkten aus der Region versorgt werden sollen. Der Unterricht und die Weiterbildung müssen es den Fachpersonen ermöglichen, so viele regionale Produkte wie möglich zu integrieren.

### **Zweisprachigkeit** (Baustelle 1.3 des Regierungsprogramms)

Die Zweisprachigkeit ist ein entscheidender Vorteil des Kantons Freiburg. Die für die Sprachenpolitik zuständige ILFD will sich für ihre Förderung sowie das gegenseitige Verständnis und den kantonalen Zusammenhalt einsetzen. Staatsrat Didier Castella möchte pragmatische Massnahmen vorantreiben, welche den ungehemmten Umgang mit der zweiten Sprache fördern, und zwar sowohl in der kantonalen Verwaltung als auch in der Bevölkerung. Ein Gesamtkonzept, das sowohl die Verwaltung als auch die Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger umfasst, wird in den kommenden Monaten ausgearbeitet.

## **3. Den Kanton modernisieren**

### **Territorialstrukturen** (Baustelle 2.1 des Regierungsprogramms)

Der Stand der Arbeiten zur territorialen Gliederung des Kantons war im Juni 2018 einer der ersten Berichte, den der neue Direktor der Institutionen vor dem Grossen Rat verteidigte. Dieser Bericht, in dem empfohlen wird, die Überlegungen zur Einteilung der Bezirke zu sistieren, um sich auf die Frage der Aufgaben der Oberamtspersonen und der Regionen zu konzentrieren, eröffnet neue Perspektiven. Staatsrat Didier Castella möchte den Regionen des Kantons eine klare institutionelle Grundlage geben. Als erstes werden die Aufgaben der Oberamtswörter bis 2019 überarbeitet. Anschliessend werden eingehende Überlegungen zur institutionellen Organisation angestellt, damit dem Parlament verschiedene Optionen für eine Reform der regionalen Aufgaben präsentiert werden können.

### **Rolle der Oberamtspersonen** (Baustelle 2.1 des Regierungsprogramms)

Die Doppelrolle der Oberamtspersonen, als Vertreter des Staatsrats in den Bezirken und vom Volk gewählt, wirft viele Fragen auf. Als grundlegendes Element für die Dynamik der Freiburger Regionen muss die Oberamtsperson zahlreiche ausführende Aufgaben wahrnehmen, die die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen belasten und teilweise nicht mit ihrem Auftrag vereinbar sind, die Entwicklung des Bezirks zu fördern. Die laufenden Überlegungen zur Stellung der Oberamtspersonen müssen es ermöglichen, ihre Rolle zu klären, namentlich in Zusammenhang mit dem Begriff der Region, die zwar für den Kanton wesentlich ist, deren Perimeter und Aufgaben

heute jedoch unklar sind. Staatsrat Didier Castella möchte dem Grossen Rat bis 2020 grundlegende Optionen zu dem Thema vorlegen, in Zusammenhang mit den Überlegungen zur territorialen Gliederung.

#### **Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden** (Baustelle 2.1 des Regierungsprogramms)

Das Projekt der Aufgabenentflechtung zwischen dem Kanton und den Gemeinden dürfte demnächst abgeschlossen werden. Dabei geht es darum, die Zuständigkeiten auf jeder institutionellen Ebene zu klären und die Finanzierung der entsprechenden Leistungen anzupassen, um eine wirksame und effiziente öffentliche Steuerung sicherzustellen. Das Projekt soll den Gemeinden und ihren Verbänden die grösstmögliche Autonomie zugestehen. Ein erstes Paket, das 2019 abgeschlossen werden soll, betrifft namentlich betagte Personen und Menschen mit Behinderung. Die Verteilung der Aufgaben und die Mittel zu ihrer Finanzierung müssen ohne Tabus geprüft werden.

#### **Gemeindezusammenschlüsse** (Baustelle 2.1 des Regierungsprogramms)

Das 2012 in Kraft getretene Gesetz über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse hat zu zahlreichen Gemeindefusionen geführt. Die Anzahl der Gemeinden ist somit von 164 auf 136 gesunken. Der Trend setzt sich fort und die ILFD begleitet die fusionswilligen Gemeinden. Mehrere Projekte sind am Laufen, darunter mehrere Vorhaben mit einer besonderen Komplexität oder Grösse. Namentlich geht es um den Zusammenschluss von Grossfreiburg, die laufenden Diskussionen zu einer einzigen Gemeinde im Greyerzbezirk und die interkantonale Fusion der bernischen Gemeinde Clavaleyres mit Murten. Staatsrat Didier Castella verpflichtet sich, die Entwicklung der für den Abschluss dieser Projekte notwendigen Rahmenbedingungen zu verfolgen, um die Freiburger Gemeinden zu stärken und grosse Fusionen zu ermöglichen, ohne die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern für lokale Aufgaben zu verlieren.

#### **Gesetz über die Agglomerationen** (Baustelle 2.2 des Regierungsprogramms)

Die Agglomerationen sind eine zentrale Herausforderung für die Entwicklung des Kantons. Sie werden vom Bund anhand des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) unterstützt. Der Kanton Freiburg hat ab 1995 mit der Verabschiedung eines Gesetzes über die Agglomerationen (AggG) Neuerungen eingeführt, um diesen Einheiten eine eigene rechtliche Struktur zu verleihen. Zwanzig Jahre später muss dieses Gesetz angepasst werden, um der Entwicklung der Bundespolitik und dem institutionellen Umfeld des Kantons Freiburg Rechnung zu tragen. Die bevorstehende Fusion Grossfreiburgs beispielsweise wird die Gleichgewichte innerhalb der Agglomeration Freiburg gefährden. Die Koordination dieses Fusionsvorhabens mit der Ausarbeitung eines neuen AggG wird besonders wichtig sein. Zudem soll den Agglomerationen mehr Flexibilität verliehen werden, um ihnen zu ermöglichen, Projekte innerhalb eines umfangreicheren Perimeters, der dem funktionalen Perimeter besser entspricht, zu entwickeln. Ein Gesetzesvorentwurf geht in den nächsten Monaten in die Vernehmlassung.

#### **Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden GFHG** (Baustelle 2.1 des Regierungsprogramms)

Das GFHG soll es den gemeinderechtlichen Körperschaften und ihren Organen ermöglichen, ihre Finanzen wirksam und rechtmässig zu verwalten und über die für die Haushaltsführung erforderlichen Instrumente und Entscheidungsgrundlagen zu verfügen. Das im März 2018 vom Grossen Rat verabschiedete Gesetz tritt 2021 in Kraft. Seine Umsetzung wird umfangreiche Arbeiten vonseiten der Gemeinden erforderlich machen, die vom Amt für Gemeinden begleitet werden.

### **Transparenz und E-Voting** (Baustelle 2.5 et 2.6 des Regierungsprogramms)

Im Bereich der Institutionen bereitet die ILFD die Umsetzung der kantonalen Initiative zur Transparenz bei der Finanzierung der Politik sowie die Einführung des E-Votings vor. In Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei setzt sich Staatsrat Didier Castella für eine rasche Umsetzung des E-Votings ein, die gleichzeitig die grösstmögliche Sicherheit garantiert.

### **Digitalisierung** (Baustelle 2.6 des Regierungsprogramms)

Heute benutzen bereits 100 % der Landwirte die elektronischen Formulare (GELAN), um die für die Gewährung von Direktzahlungen, aber auch für die Prävention von Tierseuchen notwendigen Daten zu übermitteln. Die Digitalisierung (Landwirtschaft 4.0) wird weiterhin von innovativen Projekten, der Ausbildung und der Beratung unterstützt. Staatsrat Didier Castella setzt sich allgemein für die Digitalisierung der Dienstleistungen der ILFD ein, beispielsweise Online-Jagd- oder -Fischereipatente, aber auch elektronische Auszüge, Bestätigungen und Bescheinigungen aus dem Zivilstandsregister. Die laufenden Überlegungen zur territorialen Gliederung berücksichtigen die neuen Möglichkeiten durch die Digitalisierung und gewähren allen Personen den Zugang zu den staatlichen Leistungen.

## **4. Die Lebensqualität verbessern**

### **Die natürlichen Ressourcen erhalten** (Baustelle 3.4 des Regierungsprogramms)

Die ILFD fördert eine moderne Landwirtschaft, welche die Ökosysteme schont. Mehrere innovative Projekte ermöglichen die Optimierung der Verwendung von Dünger und Pflanzenschutzmitteln und die Reduktion von Antibiotika in der Tiergesundheit. Der Aktionsplan Pflanzenschutzmittel und das Projekt Relait (Antibiotikareduktion) sind Beispiele dafür.

### **Jagd und Fischerei** (Baustelle 3.4 des Regierungsprogramms)

Staatsrat Didier Castella stand seit seinem Amtsantritt in intensivem Kontakt mit den Jagd- und Fischereiverbänden. Die ILFD wird sich in Zusammenarbeit mit den Jagd- und Fischereiorganisationen, aber auch mit den Umweltorganisationen für die Regulierung der Wildschwein- und Kormoranbestände einsetzen. Der Staatsrat möchte eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit dem Fischereiverband abschliessen, wie es bereits für die Jagd der Fall ist. Im Sinne des Zusammenhalts und der guten Zusammenarbeit wird die ILFD eine Mehrjahresplanung für die Wiederbevölkerung der Seen erstellen, die den Fischern demnächst präsentiert wird.

### **Fischzuchtanlage Estavayer** (Baustelle 3.4 des Regierungsprogramms)

In Zusammenarbeit mit der RUBD sind derzeit Massnahmen zur Behebung der Mängel und zur Planung der Inbetriebnahme der Anlage im Gange. Die Verzögerungen und die zusätzlichen Kosten sind Gegenstand von Verhandlungen zur Bestimmung der Verantwortlichkeiten und Übernahme der Kosten.

### **Wald** (Baustelle 3.4 des Regierungsprogramms)

Das neue Gesetz über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG) war der erste Gesetzesentwurf, den Staatsrat Didier Castella seit seinem Amtsantritt verteidigte, und wurde im Grossen Rat mit überwiegender Mehrheit gutgeheissen. Es ermöglicht namentlich die Einsetzung einer Konsultativkommission für den Wald, der sämtliche betroffenen Akteure angehören. Seine Umsetzung erfolgt in Absprache mit sämtlichen Partnern.